

Die Erinnerungsarbeit hochhalten

Ausschuss empfiehlt Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an NS-Verfolgte in Stuhr

VON ANDREAS HAPKE

Stuhr – „Unbehelligt und vielleicht so etwas wie unbeschwert“ sei das Leben der kleinen Sinteza Maria Anna Franz in Heiligenrode verlaufen, erzählt Historiker Hans Hesse im Stuhrer Rathaus. Sie habe dort in einer Pflegefamilie gelebt, ohne Kontakte zu Sinti und Roma. Trotzdem sei sie wegen dieser Herkunft im Zweiten Weltkrieg verfolgt und getötet worden.

Die Politiker des Ausschusses für Jugend, Freizeit und Kultur hätten die aufwühlenden Ausführungen Hesses nicht benötigt, um den Antrag von SPD und Grünen einstimmig abzusegnen: die Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus in Stuhr. Mit der Anfertigung und Verlegung der Steine möge die Gemeinde die „Stiftung Spuren – Gunter Demnig“ beauftragen.



Das Umfeld der Heiligenroder Kirche wäre als Standort des Stolpersteins für die Sinteza Maria Anna Franz denkbar.

„Den Opfern ihre Identität zurückgeben“

Im Ausschuss für Jugend, Freizeit und Kultur äußerten sich Politiker und Politikerinnen wie folgt:

Wolfgang Depken (Grüne): „Als in der Fraktion gefragt wurde, wer sich an den Recherchen beteiligen möchte, habe ich mich sofort gemeldet. Ich wurde zwei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs geboren. Ich habe zwar nicht die Gräueltaten mitbekommen, aber in meiner Kindheit und meiner Jugend gemerkt, welche Nebenwirkungen die Nazi-Herrschaft hatte. Vor allem die Indoktrination hat man gespürt. Geschichte kann sich wiederholen. Wir sehen den Aufschwung der AfD, die in weiten Teilen der Bevölkerung verankert ist.“

Michael Wischniewski-Purmann (Grüne): „So etwas darf sich nicht wiederholen. Die Stärkung der Erinnerungskultur ist ein wichtiger Bestandteil der Prävention.“

Sebastian Koch (SPD): „Es gibt immer weniger Zeitzeugen. Deshalb ist es wichtiger denn je, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Und es ist eine starke Aufgabe, die Erinnerungsarbeit und die Aufarbeitung hochzuhalten.“

Frauke Koersen (CDU): „Wer die Geschichte nicht kennt, kann nicht aus ihr lernen. Stolpersteine rufen die Gräueltaten in Erinnerung und regen zum Nachdenken an.“

Ilse Zeineddine (SPD): „Die Verfolgten Menschen sollten in der NS-Zeit ihre Identität verlieren. Mit den Stolpersteinen bekommen die Opfer ihren Namen und ihre Identität zurück. Die Schicksale werden sichtbar gemacht, und es wird ein Ort für Gedenken und Trauer geschaffen.“

Der Antrag beinhaltet auch den Wunsch an die Verwaltung, Nachforschungen über weitere verfolgte, deportierte oder ermordete Opfer der Nationalsozialisten zu betreiben, etwa durch eine wissenschaftliche Arbeit.

Zudem regen die Fraktionen an, das Rathaus möge Schulen bei Projekten zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen unterstützen. Fortbildungen für das Lehrpersonal biete die „Stiftung Spuren – Gunter Demnig“ an. Schließlich solle die Gemeinde die Bevölkerung zur Mithilfe bei diesem Thema aufrufen.

Dem Antrag waren gemeinsame Recherchen von SPD und Grünen zu Wohnorten von Opfern des Nationalsozialismus in Stuhr vorangegangen (wir berichteten). Dabei stießen sie auf die Sinteza Maria Franz und die jüdin Martha Löwenstein aus Brinkum (geb. Cohn). Mehr als über Löwenstein sei über Franz bekannt, sagt Gemeindeforschlerin Elisabeth Heinisch. Allein schon durch die

Studien des eigens aus Köln angereisten Hesse.

Der Historiker spricht von Maria „Mariechen“ Franz als einem „NS-Verfolgungsfall, der mich immer, wenn ich mich damit beschäftige, erschüttert“. Erschütternd seien zwar alle NS-Verfolgungen. Besonders sei bei Mariechen Franz aber das Ineinandergreifen mehrerer Institutionen „und darin die Tätigkeiten von Männern und Frauen, die dazu geführt haben, dass dieses junge Mädchen im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück starb“.

Die Umstände im September 1944 deuteten darauf hin, dass sie an den dortigen Lebensverhältnissen umgekommen sei. „Man kann für meine Begriffe durchaus von einer Ermordung sprechen“, die besagte Institutionen zu verantworten hätten.

Maria Franz ist sechs Monate alt, als sie in eine Pflegefamilie in Heiligenrode kommt. Der Kontakt zur Mutter, die das erkrankte Kind noch in

eine Klinik gebracht hat, verliert sich. Hesse zufolge spielt die evangelische Kirche eine unrühmliche Rolle, weil sie dem Mädchen die Konfirmation „aufgrund der, wie man damals sagte, Rasse“ verweigert. Sinti und Roma habe die evangelische Kirche damals nicht konfirmiert. Zudem nimmt das Jugendamt einen kirchlichen Bericht über einen von Hesse nicht näher beschriebenen „Vorfall“ zum Anlass, eine Zwangssterilisation von Mariechen Franz in Gang zu setzen. Hesse spricht von Denunziation.

Das Bremer Erbgesundheitsgericht und das Hauptgesundheitsamt spielen der Sinteza ebenfalls übel mit. Ohne rechtlichen Beistand, den das Jugendamt ablehnt, muss sich die damals 15-jährige wegen des von der Kirche kolportierten Vorfalles verantworten. „Es kam, wie es kommen musste. Mariechen wird sterilisiert mit der Begründung, sie sei angeboren schwachsinnig.“

Trotz der sich abzeichnenden Deportation des Mädchens verzichtet das Erbgesundheitsgericht nicht auf die Sterilisation, die Ende 1943 in der St.-Jürgen-Klinik vorgenommen wird. Daran ist laut Hesse auch die Bremer Nervenklinik beteiligt. Dort ist Mariechen untergebracht mit der Begründung, sie sei männertoll. Sie habe Kontakt zu Männern gesucht, das sei ihrem Alter nicht gemäß. Sie sei deshalb unter Beobachtung zu stellen.

„Dahinter steckt natürlich die Überlegung der Rassenchande“, sagt Hesse. „Sie sollte als Sinteza keinen Kontakt zu Arien haben. Sie hatte aber Kontakt zu einem jungen Flak-Helfer. Hier drohte unerwünschter Nachwuchs.“ Die Klinik habe dann gemeinsam mit dem Hauptgesundheitsamt die Sterilisation betrieben.

Die letzte Phase im Leben von Maria Franz belege, dass sie nicht verfolgt worden sei, weil sie „angeboren schwach-

sinnig, sondern weil sie eine Sinteza war“. Ziel ihrer Deportation sei nicht einfach Auschwitz gewesen, sondern das Zigeuner-Familienlager Auschwitz-Birkenau. „Das heißt, Mariechen galt zu dem Zeitpunkt behördlicherseits als Zigeunerin.“

Es folgt die Überführung noch arbeitsfähiger Lagerinsassen nach Ravensbrück, unmittelbar vor Auflösung des Lagers. Dort werden laut Hesse die verbliebenen 2000 bis 3000 Menschen „vom Gas erstickt“. Diesem Schicksal entkommt Maria zwar, doch im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verstirbt sie nach kurzer Zeit an Lungentuberkulose – „wie es hieß“, sagt Hesse. Sie wurde nur 17 Jahre und vier Tage alt.

Die Verfolgung von Maria Franz habe eindeutig unter dem Zeichen der NS-Verfolgung von Sinti und Roma gestanden, weshalb vor der Verlegung des Stolpersteins ein Sinti-Verein zu fragen sei. Laut Elisabeth Heinisch liegt

die Einwilligung bereits vor. Es dauere etwa ein Jahr von der Antragstellung bis zur Verlegung der Stolpersteine.

Schrecklich sei, dass es keine Sühne für diesen Fall gebe, sagt Hesse. Sämtliche Familienmitglieder seien in Auschwitz ermordet worden.

„Es hat nach 1945 niemanden gegeben, der einen Entschuldigungsantrag hätte stellen können. Diese Familie ist vollständig vernichtet worden.“ Keine Behörde sei zur Verantwortung gezogen worden. „Deshalb bitte ich Sie, dass dieser Stolperstein hier in Heiligenrode verlegt werden möge.“

Und so wird es kommen. Ursprünglich war die Verlegung eines Stolpersteins am letzten freiwilligen Wohnort des Opfers vorgesehen, mittlerweile sind andere Gedenkort möglich. Bei Franz (zuletzt wohnhaft Kronsbruch 55) käme die Alte Schule in Heiligenrode infrage, das heutige Gemeindehaus, wo ein Klassenfoto entstand.

FOTO: HAPKE